Ich wurde heute darauf hingewiesen, dass ich nach Maßgabe der §§ 286 bis 303 InsO Restschuldbefreiung erlangen kann.

Ich beantrage die Erteilung der Restschuldbefreiung, weitere Angaben hierzu siehe **Anlage 1**.
Die Erklärung zur Abtretung meiner Einkünfte für die Zeit der Wohlverhaltensphase lege ich bei.

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben zu Anlage 1 Punkt b) und c).

Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können und dass mir Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Absatz 1 Nr. 6 InsO).

Ich beantrage **keine** Restschuldbefreiung.

Das mir ausgehändigte Vermögensverzeichnis werde ich binnen 10 Tagen vollständig ausgefüllt beim Insolvenzgericht einreichen.

Unterschrift des Antragstellers

Unterschrift des Vertreters

Anlage 1 Erklärung zum Restschuldbefreiungsantrag

Ich erkläre

a) dass ich einen Antrag auf Restschuldbefreiung

- bisher nicht gestellt habe. (Punkt b), c) sind **nicht** auszufüllen.)
- bereits gestellt habe am

(Datum, Az., Gericht – Punkt **b**) ist auszufüllen.)

b) dass mir Restschuldbefreiung

- erteilt wurde

(Datum, Az., Gericht – Punkt c) ist **nicht** auszufüllen.)

- versagt wurde am

(Datum, Az., Gericht – Punkt **c**) ist auszufüllen.)

c) dass die Versagung der Restschuldbefreiung erfolgte auf Grund

- rechtskräftiger Verurteilung in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist wegen einer Insolvenzstraftat zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten (§ 297 InsO).
- vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Auskunft- und Mitwirkungspflichten nach der Insolvenzordnung (§ 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO).
- vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtiger oder unvollständiger Angaben in der nach § 287 Abs. 1 Satz 3 InsO abzugebenden Erklärung und im Vermögens-, Gläubiger- und Forderungsverzeichnis und der Vermögensübersicht (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).
- Verletzung der Erwerbsobliegenheit ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens (§ 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO).
- einer Obliegenheitsverletzung im Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist (§ 296 InsO).
- eines erst **nach** dem Schlusstermin oder **nach** Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit bekannt gewordenen Versagungsgrundes nach § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6, 7 InsO (§ 297a InsO).
- Nichtzahlung der Mindestvergütung an den Treuhänder, § 298 InsO.